

12.50

**Abgeordneter Andreas Kühberger (ÖVP):** Frau Präsidentin! Geschätzte Rechnungshofpräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Österreicherinnen und Österreicher! Besonders darf ich heute im Namen des Abgeordnetenkollegen Georg Strasser die Soroptimistinnen aus dem Bezirk Melk begrüßen. – Herzlich willkommen! *(Beifall bei Abgeordneten von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grünen.)*

Wie die Vorredner schon angesprochen haben: Der Rechnungshof überprüfte von Jänner bis Juli 2023 den Fachkräftemangel hier in Österreich, um die Gründe dafür festzustellen, aber auch um Lösungsansätze zu finden. Ein Ziel der Überprüfung war es, die aktuellen Herausforderungen, aber auch die zukünftigen Herausforderungen, die es in der Arbeitswelt gibt, aufzuzeigen.

Auch ich selber habe in meiner Jugend einen Lehrplatz gesucht. Ich erinnere mich: Es war nicht einfach, dass man einen Lehrplatz bekommen hat. – Heute hat sich das Blatt gewendet. Macht man eine Zeitung auf, sieht man sehr viele Stellenanzeigen, auch auf Social Media und auf Jobbörsen sieht man viele Anzeigen. Auch wenn man draußen in den Betrieben unterwegs ist – und ich bin viel unterwegs und rede mit Unternehmerinnen und Unternehmern –, hört man immer wieder, dass neben anderen Herausforderungen natürlich auch der Fachkräftemangel eine besondere Herausforderung ist.

Die Wirtschaftskammer hat eben erst eine Umfrage gemacht: Über 87 Prozent unserer Unternehmerinnen und Unternehmer haben dann auch bestätigt, dass der Fachkräftemangel im Betrieb, aber auch das Halten von Fachkräften – weil es ja auch da dann eine Konkurrenz gibt – eine besondere Herausforderung ist.

Schauen wir uns jetzt die Zahlen an! Mit den Zahlen beginnt es auch bei den Unternehmen: Wenn im Betrieb Menschen fehlen, dann ist das natürlich beim betriebswirtschaftlichen Ergebnis auch ein Thema, aber auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht gibt es da Themen – neben der demografischen Entwicklung –, wenn uns diese Einnahmen fehlen.



Ich gehe auf die Zahlen ein: Im ersten Quartal 2024 gab es 196 000 offene Stellen. Wenn man das mit den Jahren 2015 bis 2022 vergleicht, sieht man, dass sich die Zahl dieser offenen Stellen vervierfacht hat. In meinem Heimatbezirk Leoben gibt es 62 000 Einwohner, aktuell aber 1 000 offene Stellen. Darum ist es auch wichtig – und ich sage Danke, Frau Rechnungshofpräsidentin –, dass der Rechnungshof das zu einem Thema gemacht, überprüft und auch Empfehlungen ausgesprochen hat.

Auf vier Empfehlungen möchte ich heute eingehen. Die Vorredner haben es teilweise schon angesprochen, aber anscheinend, wie Frau Kollegin Belakowitsch, den Bericht nicht gelesen; darauf gehe ich noch kurz ein.

Ein wichtiger Punkt ist die Aus- und Weiterbildung: Ohne Fleiß kein Preis. Unsere Facharbeiter, unsere Lehrlinge haben eine großartige Ausbildung hier in Österreich. Wir können auf die Leistungen stolz sein – im europäischen und weltweiten Vergleich, Euroskills und vieles mehr, was sie da erreichen –, und – auch das steht im Bericht drinnen – unser Staat unterstützt sie dabei.

Wir haben voriges Jahr auch wichtige Beschlüsse gefasst, zum Beispiel die Abschaffung der Meisterprüfungsgebühren: Das sind oft 900 bis 1 200 Euro pro Prüfling, und es waren immerhin 4 850 Personen, die davon voriges Jahr profitiert haben.

Ein weiterer Punkt ist aber auch die Mobilisierung der Facharbeitskräfte in Österreich. Wir haben ein Thema: 31 Prozent der Beschäftigten und – wenn man es sich genau anschaut – 51 Prozent der Frauen sind in Teilzeit. Da ist es wichtig – und dafür bin ich dankbar –, dass unser Bundeskanzler Karl Nehammer dem auch entgegenwirkt. Wir haben 4,5 Milliarden Euro für die Kinderbetreuung bis 2030 beschlossen und auch im Österreichplan drinnen, damit wir die Menschen in Vollzeit bringen und etwas schaffen.

Jetzt komme ich auf zwei Punkte zu sprechen, die heute auch angesprochen worden sind und über die eigentlich Unwahrheiten verbreitet worden sind: Es steht auch im Bericht, dass Iraker, Syrer und Afghanen, die asylberechtigt sind, in unserem Land nur zu 45 Prozent in Beschäftigung sind. – Da hat aber



Bundesminister Kocher jetzt ein Paket mit über 75 Millionen Euro auf den Weg gebracht, das dem entgegenwirken soll. Es gibt erstmalig ein Paket, in dem der Deutschkurs drinnen ist, in dem auch die Berufsausbildung und vieles mehr drinnen ist, und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir da auch etwas bewegen.

Bei der Rot-Weiß-Rot-Karte, die hier vor allem von der Freiheitlichen Partei kritisiert worden ist, ist das genau das Thema: dass illegale Zuwanderung verhindert wird, dass man Menschen nach Österreich bringt, die in den Sozialtopf hineinzahlen und nicht etwas herausnehmen. Diese Menschen brauchen wir auch für unseren Wirtschaftsstandort hier in Österreich, egal ob Tischler, Schlosser oder Zimmerer.

Auch wir Politiker – wir hier herinnen – sind Spezialisten. Wir müssen gemeinsam die Dinge aufgreifen und regeln. Es funktioniert wie ein Getriebe. Nur, wenn man dann eine Freiheitliche Partei hat, die quasi bei der Rot-Weiß-Rot-Karte dagegen ist, oder eine SPÖ – das sage ich auch –, die sich für die 32-Stunden-Woche einsetzt, dann wird dieses Getriebe einen Getriebeschaden erleiden, aber wir haben dann keinen Facharbeiter mehr, der das reparieren kann. – Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

12.56

**Präsidentin Doris Bures:** Nächster Redner: Herr Abgeordneter Christian Lausch. – Bitte.